

Bildung war es fast immer so, dass die erbnisch und verwandtschaftlich geprägten Strukturen in Krisenperioden immer mehr Sicherheit produzierten als die modernen Gebilde. Solange das der Fall ist, werden die Afrikaner:innen im Krisen- und Konfliktfall immer auf traditionelle Strukturen zurückgreifen.

Literatur

- Davidson, Basil (2003): *Africa in History*, London.
- Griff, Bartholomäus (2003): *Ach, Afrika*, München.
- Hain, Wolfgang (1998): *Umweltentwicklung – Krise der Peripherie*, Opladen.
- Hobbes, Eric (1995): *Nationen und Nationalismus*, München.
- Kappel, Robert (2003): *Wirtschaftslehre und Armutskämpfung in Afrika*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, Jg. 31, H. 4, S. 172-181.
- Klingebiel, Stephan (2003): *Wie viel Hilfe hilft Afrika? ein*, Frankfurt: Bundeszentrale für politische Bildung.
- Seh, Jiddu (2003): *Lessons in Development*, Washington, DC.
- World Bank (2003): *World Development Indicators 2003*, Washington, DC.
- World Bank (2003): *World Development Report 2003*, Washington, DC.
- World Bank (2003): *From Central to Sustainable Development*, Washington, DC.

© Intervention. Zeitschrift für Ökonomie, Jg. 2 (2005), H. 2,
S. 21 – 32

Chinas rätselhaftes Wachstum

*Jan Priewe**

Warum wächst Chinas Wirtschaft so schnell?

Chinas Wachstum ist Schwindel erregend und scheinbar rätselhaft: Das Bruttoinlandsprodukt (BIP) stieg real seit Beginn der Reformen 1978 bis 2003 um 9,4 Prozent jährlich, je Einwohner um etwa 8,1 Prozent (wenn nicht anders angegeben, berechnet nach World Bank 2005a). 1.100 US-Dollar betrug 2003 das Pro-Kopf-BIP, berechnet zu offiziellen Wechselkursen, das sind freilich nur 2,9 Prozent des US-Wertes. Rechnet man in Kaufkrafteinheiten, hatten die Chinesen im gleichen Jahr gut viermal so viel Einkommen, nämlich 5.003 US-Dollar, das sind 13,3 Prozent des US-Wertes. Das chinesische BIP, zu laufenden Wechselkursen berechnet, ist etwas kleiner als das Italiens, es erreicht etwa 59 Prozent des deutschen und 12,9 Prozent des US-BIP (2003). In Kaufkrafteinheiten gerechnet sind es aber 59 Prozent des US-BIP. Die riesige Differenz kommt dadurch zustande, dass die Kaufkraft der chine-

* Fachhochschule für Technik und Wirtschaft, Berlin.

sischen Währung im Inland enorm groß ist. Der Wechselkurs reflektiert nicht die nicht-handelbaren Güter und Dienstleistungen, die jedoch einen großen Teil des chinesischen BIP ausmachen. Ginge das Wachstum ein Jahrzehnt so weiter wie 1990–2003, würde das chinesische BIP das der USA im Jahre 2012 übertroffen haben – in Kaufkrafteinheiten gerechnet. Mit dem Wechselkurs des Jahres 2003 berechnet, würde das chinesische BIP – unter den gleichen Annahmen – 2012 nicht mehr als 19,0 Prozent des US-BIP erreichen. Trotz des chinesischen Aufholtempos steigt der *absolute* Einkommensabstand der Pro-Kopf-Einkommen – zu laufenden Wechselkursen kalkuliert – weiter an.

Historisch gab es einige wenige Vorläufer, die ähnliche Wachstumsraten wie China aufwiesen, nämlich Japan nach Kriegsende bis in die 1980er Jahre hinein, Süd-Korea, Singapur und Hongkong: Pro Kopf waren es in Japan 1960–1970 9,2 Prozent (1960–1980 6,3 Prozent), in Hongkong 1960–1980 6,3 Prozent, in Singapur 1960–1980 7,5 Prozent. Insoweit passt China in das »asiatische Wachstumsmodell«. Übrigens stieg auch das westdeutsche BIP 1950–1960 um 7,1 Prozent je Einwohner pro anno¹ (Statistisches Bundesamt 1985: 41). Auffallend ist vor allem die enorm lange Dauer des chinesischen »Wirtschaftswunders«.

Natürlich ist Wirtschaftswachstum nicht alles, aber ohne Wachstum wird es *Entwicklung* nicht geben können. Trotz insgesamt steigender Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen ging in kaum einem Land der Welt die absolute Armut so rasch zurück wie in China. 1990 lag sie bei knapp 32 Prozent der Bevölkerung, wenn man dem Maßstab »ein Dollar pro Tag pro Kopf« folgt, 2002 waren es 16,1 Prozent, allerdings absolut immer noch 206 Millionen Menschen (vgl. World Bank 2005b). Damit hat China schon jetzt das wichtigste Millenniumsziel, die Halbierung des Anteils der absolut Armen, erreicht; vorgesehen war eigentlich erst das Jahr 2015. Allerdings lag der Gini-Koeffizient – ein Maß ur die Ungleichverteilung der Einkommen – Ende der 1990er Jahre auf dem Niveau der USA, Tendenz steigend (vgl. OECD 2004).

In großen Teilen der Medien, aber auch in der Wissenschaft wird China ebenso gefürchtet wie bewundert, es wird über- wie untertrieben. Vor allem aber: Chinas ökonomische Entwicklung wird kaum verstanden, sie passt nicht ins Weltbild des ökonomischen *mainstream*. Im Folgenden soll der Frage nach den Ursachen des hohen Wachstums der chinesischen Wirtschaft nachgegangen werden, indem verschiedene Thesen diskutiert und eine eigene (keynesianische) Erklärung skizziert werden. Abschließend werden die wichtigsten Risikofaktoren resümiert, die Chinas Wachstum in der nächsten Zukunft gefährdet können.

Unterschiedliche Erklärungsansätze

Technischer Fortschritt Die neoklassische wie auch die an der Neoklassik orientierte endogene Wachstumstheorie erklären langfristiges Pro-Kopf-Wirtschaftswachstum (unter der Annahme von Vollbeschaftigung²) durch technischen Fortschritt, der als Ergebnis von Innova-

1 Ohne Saarland und Berlin.

2 Die Unterbeschäftigung in der Landwirtschaft Chinas (oder anderer Entwicklungsländer) kann in diesem Rahmen als niedriges technologisches Niveau interpretiert werden.

tionsbemühungen, Qualifizierung der Beschäftigten, Infrastruktur etc. und/oder als exogene Residualgröße verstanden wird. Ein lediglich auf ständig gesteigerten Input-Einsatzmengen beruhendes (»extensives«) Wachstum wäre demnach nur ein temporäres, das rasch an Grenzen stieße (so wie es in der Sowjetunion der Fall war). Beispielsweise diagnostizierte Krugman das »Asian Miracle« der Tigerstaaten zu einem erheblichen Teil als Fata Morgana, da es auf extensivem Wachstum beruhe (vgl. Krugman 1994, anders dagegen World Bank 1993) – aus heutiger Sicht ein glattes Fehlurteil. Aus der Sicht der neoklassischen wie auch der endogenen Wachstumstheorie kommt es also auf die Fähigkeit zur Steigerung des technischen Fortschritts an, gemessen meist durch die totale Faktorproduktivität (TFP), die Effizienzsteigerungen unabhängig vom quantitativ vermehrten Faktoreinsatz von Arbeit und Kapital widerspiegeln soll. Nur das Angebotspotential ist aus dieser Sicht wachstumsrelevant, Nachfragebedingungen sind durch die Vollbeschäftigungsannahme des Modells ausgeklammert.

Die empirischen Untersuchungen zum »*growth accounting*« für China sind nicht ganz eindeutig, stellen aber doch neben vermehrtem Input von Arbeit und Sachkapital ein beträchtliches Wachstum der TFP fest (vgl. Hu/Khan 2000, Woo 1999). Manche Beobachter|innen meinen, dies stamme überwiegend aus dem sektoralen Strukturwandel zulasten der Landwirtschaft mit niedriger und zugunsten der anderen Sektoren mit höherer Produktivität. Aber warum sollte Strukturwandel nicht als wichtiger Teil von Effizienzsteigerungen verstanden werden? Jedoch zäumt die Analyse der TFP das Pferd vom Schwanz auf: Da sich technischer Fortschritt ganz überwiegend in Sachkapital verkörpert, kann er ohne Kapitalakkumulation kaum eintreten. Letztere beruht aber auf Investitionstätigkeit – und damit auf der Güternachfrage. Der für die Neoklassik relevante Kapazitätseffekt kann ohne den Nachfrageeffekt (höhere Investitionsnachfrage) kaum zustande kommen. Selbst wenn die Investitionstätigkeit mit extensivem Wachstum verbunden ist, also auf gleichem technologischen Niveau stattfindet, ist Investitionsdynamik unter Bedingungen hoher Unterbeschäftigung bzw. offener Arbeitslosigkeit alles andere als gering zu schätzen. Selbstverständlich handelt es sich dabei dann um ein Wachstumstempo, das auf Dauer nicht beibehalten werden kann (kein »*steady state growth*«). Da das Wachstum der TFP (und damit der technische Fortschritt) in Entwicklungsländern überwiegend auf der Anwendung bereits existierender Technologie beruht, nicht aber auf Innovationen an der globalen technologischen Front, kann man davon ausgehen, dass sich das bisherige Wachstum der TFP in Zukunft verlangsamen wird. Wird zudem ein relevanter Teil des chinesischen Wachstums als extensiv gedeutet, dann ist sehr langfristig auch aus diesem Grund mit geringerem Wachstum zu rechnen. Aber wegen des riesigen versteckten Arbeitskräftepotentials in den ländlichen Regionen kommt es gerade auch auf lang anhaltendes extensives Wachstum an.

Neoklassische Ökonom|inn|en, die starken technischen Fortschritt in China in den vergangenen Jahrzehnten diagnostizieren, führen dies im Wesentlichen auf die Liberalisierung der Märkte auf allen Ebenen zurück. Da diese Liberalisierungen aber nur graduell und schrittweise und bis heute mit starken Allokationsverzerrungen (besonders im Finanzsektor) und nach wie vor häufig unklaren Eigentums- und Verfügungsrechten (insbesondere Staatsunternehmen und so genannte Kollektivunternehmen) erfolgten, bleibt nur die implizite These, dass das Wachstum in China ohne diese Verzerrungen noch viel höher hätte ausfal-

len müssen. In jedem Fall ist nach diesem Erklärungsmuster das hohe Wachstum der chinesischen Wirtschaft nicht *wegen* der besonderen chinesischen Verhältnisse, sondern *trotz* dieser zustande gekommen. Das ist wenig überzeugend.

Institutionen – Liberalisierung versus Sozialismus In den 1990er Jahren gab es eine Debatte über die chinesische Transformation, die sich auf den spezifisch chinesischen institutionellen Wandel konzentrierte. Das eine Lager betonte die Liberalisierungstendenz, die zu marktwirtschaftlichen oder kapitalistischen Institutionen führe. Diese induzierten eine Konvergenz zum asiatischen Wirtschaftsmodell der anderen asiatischen Staaten – von Japan über Korea und Taiwan zu den diversen »Tigern« (stellvertretend für viele andere vgl. Sachs/Woo 1997). Das andere Lager betonte die Bedeutung genuiner nicht-kapitalistischer bzw. heterodoxer Institutionen, die einen experimentellen Politikstil widerspiegeln (vgl. z.B. Naughton 1995, Nolan 1993, Jefferson/Rawski 1994). Typisch dafür seien etwa die halböffentlichen *township and village enterprises*, die *collectives* (genossenschaftsartige Firmen) oder auch die Staatsbetriebe. Die in dieser Argumentationstradition stehenden Autor|inn|en unterstreichen den Gradualismus im Gegensatz zur Schockstrategie in Russland und anderen Transformationsländern: China habe damit eine Strategie gewählt, die das Land institutionell zwar langsam, aber ökonomisch schnell aus dem Plan herauswachsen ließ. Die Gradualismus-These, die auch in China vorherrschend ist, bezieht sich vor allem auf die Herstellung von Privateigentum an Produktionsmitteln und die Liberalisierung des Finanzsektors, die beide eher ans Ende der Transformation gesetzt werden (im Gegensatz zu Russland). Eine genauere Retrospektive der damaligen Diskussion würde – aus meiner Sicht – ergeben, dass die Gegensätze zwischen den beiden Lagern geringer sind, als sie auf den ersten Blick erscheinen, und dass beide Lager zu den entscheidenden Faktoren, die das chinesische Wachstum erklären, nicht vordringen. Die Gegensätze sind deshalb geringer, weil das »asiatische Wachstumsmodell«, auf das hin China nach Ansicht des »liberalen« Lagers konvergiere, starken Staatsinterventionismus unterschiedlicher nationaler Prägungen mit Liberalisierung verband. Robert Wade nannte das »*governing the market*« (vgl. Wade 1990). Beide Lager verharren aber im Wesentlichen in mikroökonomischen, institutionalistischen und politischen Analysen; die Optimierung der Allokation der Produktionsfaktoren steht im Fokus, nicht die Kapitalakkumulation. Fragen nach dem *makroökonomischen Regime* und dem dafür spezifischen institutionellen Arrangement werden weitgehend ausgeklammert oder nur als Randbedingung thematisiert. Hier setzt die (post-)keynesianische Analyse an, deren Kern die Untersuchung der Nachfragedynamik auf den Gütermärkten und hier insbesondere der Investitionsnachfrage ist, einschließlich der tiefer liegenden monetären Triebkräfte.

Hohes Sparen Nicht selten wird – in Anspielung auf wachstumstheoretische Schlussfolgerungen von Harrod und Domar – das enorm hohe Sparen der privaten Haushalte in China als Ursache der Investitionsdynamik herausgestellt.³ In der Tat haben die Haushalte eine

3 Harrods und Domars Wachstumstheorie wird meist als post-keynesianisch apostrophiert. Die Wachstumsrate hängt bekanntlich von der gesamtwirtschaftlichen Sparquote und dem marginalen

hohe Sparquote in der Größenordnung von 40 Prozent, selbst in unteren Einkommensgruppen. Es gehört zu den traditionellen Werten der Gesellschaft, für die Zukunft zurückzulegen. Hinzu kommt, dass heute aufgrund größerer Zukunftsunsicherheit verstärkt gespart wird (eigene Altersvorsorge anstelle der staatlichen, Sparen für die Ausbildung der Kinder etc.). Jedoch erklärt dieser Sachverhalt gar nichts. Vielmehr drückt er aus, dass, wenn 40 Prozent des Outputs Investitionsgüter sind, *per definitionem* entsprechend weniger konsumiert wird. Zu erklären ist die *Einkommensentstehung*, die die Voraussetzung für das Sparen ist. Eine hohe Sparquote kann genauso gut Ausdruck schwacher Nachfrage sein und folglich Output und Einkommen reduzieren. Im Übrigen kommt es bei hohen Investitionen nicht auf ein gleich hohes Sparen *der Haushalte* an, sondern die Ersparnisse können auch durch Unternehmen (einbehaltene Gewinne) oder öffentliche Haushalte (Haushaltsüberschüsse oder hohe steuerfinanzierte Investitionen) oder aber durch Kapitalimporte, Entwicklungshilfe etc. zustande kommen. Für China sind eben hohe Haushaltsersparnisse typisch, die erfolgreich vom Bankensystem zu den Investoren gelenkt werden, während die Unternehmensgewinne eher gering sind (oder Verluste vorherrschen), jedenfalls in den früher dominanten Staatsunternehmen. Entscheidend ist also, dass Investor|inn|en mit gewaltigem »Investitionshunger« existieren. Das gleich hohe Sparen ist die *Folge* der hohen Investitionen und der daraus resultierenden Einkommensentstehung, gleich, ob das Sparen bei den privaten Haushalten, den Unternehmen oder anderswo stattfindet.

Niedrige Löhne Ein anderer Erklärungsansatz, der eher der *klassischen* ökonomischen Theorie entspricht, geht auf Arthur Lewis' Analyse der dualistischen Wirtschaftsstruktur in Entwicklungsländern zurück (vgl. Lewis 1954, zuvor bereits ähnlich Nurkse 1953, später vor allem Fei/Ranis 1964). Demnach offeriert der rückständige landwirtschaftliche Sektor ein unerschöpfliches Potential billiger Arbeitskräfte für den modernen kapitalistischen Sektor (insbesondere Industrie), der hohe Gewinne macht und diese kontinuierlich investiert. Bei konstant niedrigem Reallohn, knapp über dem klassischen Subsistenzlohn, müsste die Gewinnquote und damit tendenziell auch die Investitionsquote ständig steigen, sofern technischer Fortschritt im modernen Sektor existiert.⁴

Angewendet auf China wird das Lewis-Modell auch zur Erklärung einer überlegenen internationalen Wettbewerbsfähigkeit verwendet (vgl. etwa Cheong/Xiao 2003). Demnach wäre es vor allem das Exportwachstum, das Chinas Wachstumsmotor darstellt, genauer gesagt, es müssten steigende Exportüberschüsse sein. Nicht wenige Beobachter|innen meinen, dass dies auch einen großen Teil der Arbeitslosigkeit in Industrieländern erklären könnte,

Kapitalquotienten ab, der als konstant erachtet wird. Die Autoren haben keineswegs behauptet, dass Sparen automatisch bei konstantem oder steigendem Sozialprodukt in Investitionen verwandelt wird, wie häufig unterstellt wird. Vielmehr ist definitorisch ex post die Sparquote gleich der Investitionsquote, sodass es eigentlich passender wäre zu formulieren, dass die Wachstumsrate bei konstantem marginalen Kapitalkoeffizient von der Investitionsquote abhängt.

4 Oder der Unternehmerkonsum bzw. die Staatsausgaben steigen kontinuierlich schneller, als das Sozialprodukt wächst.

weil diese »Standorte« im Zuge der Globalisierung durch Niedriglohnländer, vor allem China, in die Knie gezwungen würden. Zunächst taucht die Frage auf, warum gerade China eine Lewis-artige Wachstumsoffensive gelingen sollte, während so viele andere Entwicklungsländer mit noch niedrigeren Löhnen in Armut und Stagnation verharren. In dieser Erklärung, angewendet auf die chinesische Exportfähigkeit, wird der Wechselkurs vernachlässigt bzw. implizit offenbar konstant gesetzt. Auch werden Importe übersehen, ohne die die meisten Entwicklungsländer nicht exportfähig sind. Unbeachtet bleibt auch, dass China neben der Exportorientierung auch massiv Importsubstitution betrieben hat und immer noch betreibt, überwiegend im Bereich der Staatsunternehmen. Schließlich wird auch die Binnennachfrage ausgeklammert, die gerade in China parallel zum Wachstum anstieg. Im Übrigen gab es auch ein enormes Wachstum der Reallöhne, insbesondere für qualifizierte Arbeit. Richtig aber an dieser Argumentation ist sicherlich, dass niedrige und stabile Lohnstückkosten bei wettbewerbsfähigem realen Wechselkurs exportfördernd sein können. Zutreffend ist, wenngleich dies nicht Lewis' These ist, dass eine wachsende Schere zwischen Subsistenzlöhnen einerseits und höheren Löhnen im Exportsektor andererseits die Kaufkraft Letzterer erhöhen und damit den Nominallohnanstieg in den Exportsektoren in Zaum halten kann. Dies erklärt wesentlich die enorme Differenz zwischen dem marktbestimmten bzw. offiziellen Wechselkurs und dem mittels Kaufkraftparitäten gemessenen Kurs. Das chinesische Wachstumsrätsel kann damit aber nicht gelöst werden.

Ein keynesianischer Ansatz⁵

Trotz aller unterschiedlichen Phasen in der Wachstumsepoche seit Beginn der Reformen 1978 zeigt sich durchgängig eine extrem hohe Investitionsquote (Bruttoinvestitionen/BIP) zwischen etwa 32 und 45 Prozent, in den 1990er Jahren etwas höher als zuvor. Darin sind Wohnungsbauinvestitionen und öffentliche Investitionen eingeschlossen. Der größte Teil der Investitionen, 2001 noch etwa die Hälfte (1980 über 80 Prozent), stammt aus Staatsunternehmen (SU) oder den öffentlichen Haushalten. Dagegen konzentrierten sich 1998 nur noch gut 26 Prozent der Industrieproduktion auf die SU, etwa so viel wie in Frankreich Anfang der 1970er Jahre (vgl. Priewe 2002, OECD 2000: 106), mit stark abnehmendem Trend.⁶ Langsam aber kontinuierlich zunehmend wird die Investitionstätigkeit von den Kollektivunternehmen und den reinen Privatunternehmen getragen (die letzten beiden Kate-

5 Vgl. ausführlicher Herr/Priewe (1999) und Priewe/Herr (2005: 200 ff.). Die nachfolgenden Daten beruhen, wenn nicht anders angegeben, auf Priewe/Herr (2005) bzw. auf World Bank (2005).

6 Die Beschäftigung im Staatssektor insgesamt ist seit 1995 rückläufig. 1998 arbeiteten rund 12,6 Prozent aller Erwerbstätigen in SU oder im öffentlichen Sektor, bezogen auf die städtischen Regionen waren es aber immer noch 44 Prozent. In der Industrie waren 1998 noch 31 Prozent aller Erwerbstätigen in Staatsunternehmen tätig (vgl. Priewe 2002). Laut China Statistical Yearbook 2004 arbeiteten 2002 nur noch 9,2 Prozent aller Erwerbstätigen in staatlichen Institutionen, in den städtischen Regionen noch 26,8 Prozent (2003), im sekundären Sektor waren noch 14,2 Prozent (2002) in Staatsbetrieben beschäftigt.

gorien verschwimmen zusehends). Die ausländischen Direktinvestitionen (ADI) waren in den 1980er Jahren im Verhältnis zur gesamten Investitionstätigkeit insgesamt unbedeutend und stiegen erst zu Beginn der 1990er Jahre auf zehn bis 17 Prozent aller Investitionen (Durchschnitt 1990–2001 etwa 10 Prozent). Was erklärt nun die enorme Bedeutung der Investitionen der Staatsunternehmen?

Staatsbanken und Staatsunternehmen Die vier großen staatlichen Banken (SB), die immer noch fast drei Viertel der Kreditvergabe auf sich konzentrieren, haben mit Unterstützung der Zentralbank Kredite in die SU gelenkt, die in zunehmender Eigenständigkeit über ihre Investitionen entscheiden. Der »Investitionshunger« der SU resultierte in »Kredithunger«, der vom Bankensystem selbst um den Preis partiell weicher Budgetrestriktionen gestellt wurde. Die Investitionen waren nicht immer effizient, ein Teil waren Überkapazitäten, ein Teil unprofitabel, ein Teil politisch motiviert, aber ein größerer werdender Teil wurde rentabel und effizient. Es scheint, dass die Budgetrestriktionen schrittweise gehärtet wurden. Die Kehrseite der Allokationsineffizienzen im SB-SU-Komplex ist der steigende Anteil notleidender Kredite. Bis etwa 1998 folgte die Zentralbank einem gesamtwirtschaftlichen Kreditplan, also einer Art gesamtwirtschaftlicher Kreditlenkung. Seitdem wird offiziell eine Geldmengenorientierung mit den üblichen Instrumenten der Geldpolitik verfolgt, de facto erfolgt aber eine Art »*moral suasion*« der Zentralbank gegenüber den Geschäftsbanken, um die Kreditvergabe (die stark mit der Geldmenge M₂ korreliert) unter Kontrolle zu halten. Die Einlagen- und Kreditzinsen werden noch immer im Rahmen enger Bandbreiten staatlich kontrolliert (»*repressed finance*« in McKinnons Terminologie, vgl. McKinnon 1984).

Diese Form der Geld- und Kreditpolitik hat eine enorme Steigerung des Monetarisierungsgrades der Volkswirtschaft erreicht (Geldmenge bzw. Kreditbestand im Verhältnis zum BIP), der in etwa demjenigen hochentwickelter Länder entspricht und ein Vielfaches des Durchschnitts der anderen Entwicklungsländer mit ähnlichem Einkommensniveau ausmacht. Abgesehen von zwei kurzen Episoden Ende der 1980er und zu Beginn der 1990er Jahre konnte stärkere Inflation weitgehend vermieden werden; beide Inflationsphasen wurden mit einer »weichen Landung« überwunden. Kurzum, trotz erheblicher Allokationsineffizienzen funktionieren Geld und Kredit hinsichtlich der Breitenwirkung. Zwar ist der bankenzentrierte Finanzsektor einfach strukturiert, aber bislang war er äußerst funktionsfähig. Die problematische Kapitallenkung wird teilweise durch wachstumsbedingten starken technologischen Fortschritt wettgemacht – hohes Investitionstempo geht üblicherweise mit einer raschen Erneuerung des Kapitalstocks auf höherem Niveau einher (»*Verdoorn law*«). Hinzu kommt, dass die SU (kaum aber die SB) zunehmend dem Wettbewerb mit nicht-staatlichen Unternehmen ausgesetzt sind und zudem seit Ende der 1990er Jahre massiv privatisiert wurden (insbesondere kleine und mittlere SU).

So war und ist der SB-SU-Komplex ein stabiler, verlässlicher und vor allem kontrollierbarer Nachfragemotor, allerdings in abnehmendem Maße infolge härterer Budgetrestriktionen und kontinuierlicher Privatisierungen. Die von den SU nachgefragten Investitionsgüter werden zunehmend von den häufig (aber keineswegs immer) effizienteren nicht-staatlichen

Unternehmen hergestellt. Warum investieren die SU nun soviel? Vielfach sind es noch keine vollkommen gewinnorientierten Unternehmen, sodass Prestige der Manager, vorrangiges Größenwachstum, von den Belegschaften und dem Staat (und der Partei) gewünschte Beschäftigungszuwächse u. Ä. eine wichtige Rolle spielen. Zudem erzwingen der Druck überlegener privater Konkurrenten und die stark tabuisierte Exit-Option einer Firmeninsolvenz eine Vorwärtsstrategie zur Modernisierung. Insgesamt erzeugen die Zentralregierung, die Zentralbank, die Provinzregierungen sowie die kommunistische Parteiführung einen geradezu moralischen Imperativ zu hohem, mindestens etwa siebenprozentigem Wachstum, welches für die soziale Stabilität des Landes als notwendig erachtet wird. Dies stabilisiert zusammen mit Pfadabhängigkeit die Erwartungen der Investoren und reduziert Unsicherheit. Entscheidend bei der Erwartungsstabilisierung ist natürlich, dass es hinreichend wirksame Instrumente gab und gibt, die zum Nachfragemanagement geeignet sind.

Makropolitiken Dieses Nachfragemanagement in China beruht einerseits auf der Geld- und Fiskalpolitik, andererseits auf der Wechselkurspolitik, zu einem eher geringen Teil auf der Lohnpolitik. Die Geldpolitik kann mit direkt gesteuerten Kreditmarktzinsen für – im Durchschnitt der Jahre – niedrige positive Realzinsen sorgen; anders als in den meisten anderen Entwicklungsländern stehen günstige langfristige Kredite den SU zur Verfügung, jedoch werden nicht-staatliche Unternehmen *de facto* von den Banken diskriminiert. Makro-Stabilität im engeren Sinne, nämlich niedrige Inflation, konnte gesichert werden, unter anderem auch dadurch, dass in den 1990er Jahren in den Staatsunternehmen und im öffentlichen Sektor ein Konsens für eine tendenziell produktivitätsorientierte Lohnpolitik (als Obergrenze) hergestellt wurde (vgl. Flassbeck 2004). Dies sichert auch eine steigende Konsumnachfrage aus Löhnen und unterstützt die häufig problematische Kapazitätsauslastung.

Die Geldpolitik ist dem Wechselkursziel untergeordnet. Seit 1994, als der Renminbi einmalig stark abgewertet wurde, ist der nominale Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar innerhalb einer sehr engen Bandbreite fixiert.⁷ Folglich muss die Geldpolitik den Wechselkursanker verteidigen. Der feste Wechselkurs gegenüber dem US-Dollar hat den Außenhandel durch Beseitigung von Unsicherheit gefördert und Inflationsimpulse durch Abwertung verhindert. Mit seiner Wechselkurspolitik hat China Leistungsbilanzdefizite und Auslandsverschuldung weitgehend vermieden. In den letzten Jahren kam es zu einer realen Unterbewertung (gemessen an der Veränderung des realen effektiven Wechselkurses), der die Wettbewerbsfähigkeit noch weiter verbessert hat.

In diesen Jahren entstand infolge von moderaten Leistungsbilanzüberschüssen und gleichzeitigen Nettokapitalzuflüssen ein starker Aufwertungsdruck, der sich in enorm steigenden Währungsreserven ausdrückte und die Zentralbank zu massiven Sterilisierungsoperationen durch Verkauf von Schatzanweisungen zwang. In Verbindung mit einem System von umfassenden Kapitalverkehrskontrollen (abgesehen von Direktinvestitionen sind im Grundsatz alle grenzüberschreitenden Kapitalzu- und -abflüsse untersagt) konnte sich die

7 Der effektive Wechselkurs ist aufgrund der Schwankungen zwischen Dollar, Euro, Yen und anderen Währungen durchaus flexibel.

chinesische Zentralbank in erheblichem Umfang vom Zinsniveau auf den globalen Kapitalmärkten abkoppeln und eine eigenständige, den nationalen Bedürfnissen angepasste Geldpolitik betreiben. Die Währung ist nur für Leistungsbilanztransaktionen konvertibel, nicht für die Kapitalbilanz. Dadurch wurde der unterentwickelte Finanzsektor geschützt und volatile Kapitalflüsse wurden vermieden. Währungs- und Finanzkrisen konnten verhindert werden. Allerdings wurden in den letzten Jahren die Grenzen für Kapitalmobilität zunehmend poröser.⁸

Insoweit, als die Geldpolitik der Wechselkursstabilisierung untergeordnet werden muss, kann die Fiskalpolitik eine wichtige Rolle übernehmen. China gelang nach der Asienkrise, als das Land in leichte Deflation bis etwa 2003 abrutschte, eine deflationsüberwindende expansive Fiskalpolitik durch massive Erhöhung der Staatsausgaben. Das Staatsdefizit stieg nur wenig auf über drei Prozent des BIP, insgesamt bleibt die Staatsverschuldung auf niedrigem Niveau. Bei einem Wachstumstempo, das deutlich über dem (niedrigen) Realzins liegt, bleiben die Lasten aus der Staatsverschuldung relativ unbedeutend.

Industriepolitik China hat die traditionelle Politik der Importsubstitution über die Staatsunternehmen und über selektiven Protektionismus, letztlich eine Erbschaft der Planwirtschaft, mit zunehmender Exportförderung verbunden. Letztere beruht weitgehend auf den Auslandsunternehmen (inklusive *Joint Ventures*), auf die mehr als die Hälfte aller Exporte entfallen. Anfänglich war die in den Auslandsunternehmen erbrachte Wertschöpfung gering, tendenziell scheint sie aber zu steigen, mitunter auch durch *local-content*-Klauseln (wie z.B. in der aufstrebenden Autoindustrie) erzwungen. Die Exportquote ist von knapp acht Prozent 1980 auf gut 17 Prozent 1990 und etwa 35 Prozent 2003 enorm gestiegen, allerdings sind die Importe nahezu genauso angeschwollen. Wegen der im langfristigen Trend nur geringen Handelsbilanzüberschüsse hat die Exportorientierung folglich kaum direkt zur gesamtwirtschaftlichen Nachfragedynamik beigetragen, um so mehr aber indirekt über induzierte Investitionen (und dadurch induzierten Konsum), ferner über den Import moderner Güter (ohne Auslandsverschuldung) und dadurch beflügelten Technologietransfer. Die Förderung von ADI, die Anfang der 1990er Jahre massiv begann, konzentrierte sich auf technologiehaltige und exportorientierte Unternehmen, wurde jedoch zunehmend breiter angelegt. Die empirischen Untersuchungen scheinen zu belegen, dass nur in geringem Maße inländische Unternehmen verdrängt wurden (vgl. u.a. Flassbeck 2004).

Eine ausgeprägte nationale Industriepolitik, klammert man die Politik hinsichtlich von ADI aus, ist nicht gut erkennbar. Es scheint eher um den Schutz der etwa 1.000 großen Staatsunternehmen, zu einem beträchtlichen Teil in der Schwer- und Rüstungsindustrie, zu

8 Es gibt illegale oder graue, mehr oder minder tolerierte Kapitalflüsse, Hongkong ist eine Schleuse, und in letzter Zeit wurde über »qualified foreign institutional investors« eine Möglichkeit für lizenzierten Zufluss von Portfolioinvestitionen geschaffen; geplant sind auch »qualified domestic institutional investors«, die im Ausland investieren dürfen (Cheong/Xiao 2003: 120). Zunehmend gehen auch chinesische Firmen im Ausland an die Börse. Die Regierung hat die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs angekündigt, aber keinen Zeitpunkt genannt.

gehen (vgl. Priewe 2002, Nolan 2004: 131 ff.). Mittlerweile gibt es aber Ansätze, nationale Hochtechnologieunternehmen zu schaffen und stärker auf Forschung und Entwicklung zu setzen (vgl. Segal 2003). Dagegen wurde die Landwirtschaft, in der nach wie vor die Hälfte der Erwerbstätigen arbeitet, bis Ende der 1990er Jahre vernachlässigt, sieht man von den enorm wichtigen anfänglichen Reformen nach 1978 ab, die von Kommunen zu kleinbäuerlichen Familienbetrieben in Verbindung mit privaten Landnutzungsrechten geführt hatten. Der für die Landwirtschaft viel zu frühe WTO-Beitritt verschärft den internationalen Wettbewerbsdruck in diesem Sektor. Wahrscheinlich hat die relative Vernachlässigung der Landwirtschaft strategische Ursachen: Auf dem Niveau eines niedrigen Lebensstandards, aber doch mit deutlich abnehmenden Armutsraten, kann der größte Teil der erwerbstätigen Bevölkerung in einen sehr langsamen Modernisierungsprozess einbezogen werden, ohne offen arbeitslos zu werden. Rasche Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft würden mit Sicherheit die Outputzuwächse bei weitem übersteigen und zu wesentlich größeren Armuts- und Beschäftigungsproblemen als derzeit führen, zumal sich das Beschäftigungspotential außerhalb der ländlichen Grenzen infolge starker technologischer Verbesserungen in Grenzen hält.

Insgesamt zeigt dieser Ansatz eine ausgeprägte indirekte staatliche Steuerung der verschiedenen Nachfrageaggregate, insbesondere der Investitionen. Dabei spielen die Geld- und die Wechselkurspolitik im Rahmen eines Systems von Kapitalverkehrskontrollen eine zentrale Rolle. Quantitative Wachstumsorientierung durch massive Förderung der Kapitalbildung stehen im Vordergrund, Verbesserung der Allokationseffizienz ist nachrangig, tritt aber als Folge des Wachstums bei induziertem technischen Fortschritt durchaus auf. Das hohe Wachstum legitimiert im Bewusstsein der Mehrheit der Bevölkerung die relative Stabilität des autoritären politischen Systems, d.h., niedrigeres Wachstum führt vermutlich viel schneller als anderswo zu politischen Systemrisiken. Von »Marktsozialismus« kann kaum die Rede sein, es sei denn, man betrachtet eine starke Makropolitik – etwa wie in den USA – oder einen gewissen Anteil von Staatsunternehmen und -banken (wie noch vor einigen Jahrzehnten in Frankreich) als »sozialistisch«. In Hinsicht auf politische Teilhabe, Arbeitnehmerrechte und Einkommensungleichheit ähnelt der chinesische Kapitalismus eher einer Art Frühkapitalismus. Starke Ähnlichkeiten zum so genannten asiatischen Wachstumsmodell sind gegeben, aber dieses hat sehr unterschiedliche Varianten. In Japan, Korea und Taiwan spielten beispielsweise ADI kaum eine Rolle, Staatsunternehmen nur eine untergeordnete. Selektive Industriepolitik scheint in den meisten anderen asiatischen Ländern viel wichtiger als in China zu sein.

Die Risiken des chinesischen Wachstumsmodells liegen auf der Hand. *Erstens* sind es die immer noch lockeren Budgetrestriktionen der Staatsbanken und Staatsunternehmen und der Bestand an faulen Krediten, der mitunter auf über 40 Prozent des BIP geschätzt und von manchen Beobachter|inne|n als explosiv bewertet wird (Woo 2003: 50 ff.). Solange plötzliche Kreditrestriktionen oder starke Zinssteigerungen (abgesehen von Wachstumsstockungen oder gar einer Rezession) vermieden werden können, scheint die chinesische Ökonomie aus der Unternehmensverschuldung schrittweise herauswachsen zu können, sodass die chinesische Strategie aufginge. Addiert man die faulen Kredite zur Staatsverschuldung, scheint

der gesamte Schuldenstand immer noch kaum höher als der Deutschlands. Jedoch ist der Finanzsektor fragil und verletzlich – eine der Achillesfersen des Systems. Wirklich problematisch wird es aber erst, wenn mit voller Wucht der Wettbewerb mit einem überlegenen Finanzsystem einträte. *Zweitens* könnte eine zu frühe Liberalisierung der grenzüberschreitenden Kapitalströme eine zu rasche Liberalisierung des Finanzsektors erzwingen – etwa durch unbeschränkte Aktivitäten ausländischer Banken ab 2006 im Zuge der WTO-Verhandlungen – und damit den Komplex SB-SU destabilisieren. Die Liberalisierung des grenzüberschreitenden Kapitalverkehrs (und die Herstellung der Konvertibilität der Kapitalbilanz) könnte auch volatile Wechselkursänderungen verursachen; die Geldpolitik würde viel an relativer Autonomie verlieren, weil sie stärker auf das Management des *floating* abstellen müsste. In nicht wenigen Fällen waren Währungs- und nachfolgende Finanzkrisen die Folge einer verfrühten Liberalisierung der Finanzsysteme. *Drittens* schließlich ist die chinesische Ökonomie enorm außenhandelsabhängig geworden, ähnlich kleinen offenen Volkswirtschaften. Wachstumsschwankungen der Weltwirtschaft, insbesondere von den USA ausgehend, tangieren China direkt. *Viertens* schließlich hat sich eine starke Dualisierung der Volkswirtschaft herausgebildet, die eine riesige schwache und arme Landwirtschaft, viele eher strukturschwache Provinzen, die noch stark von Staatsunternehmen abhängig sind, sowie die boomenden Küstenregionen umfasst. Das schafft erhebliches soziales Konfliktpotenzial. Das hohe chinesische Wachstum hat seinen Preis, ganz zu schweigen von den damit verbundenen Umweltproblemen. Dass das chinesische Wachstumsmodell jedoch nach dem WTO-Beitritt infolge der genannten Risiken vor dem Kollaps stünde, wie manche prophezeiten, ist wenig wahrscheinlich (vgl. Chang 2001).

Literatur

- Chang, Gordon (2001): *The Coming Collapse of China*, New York: Random House
- Cheong, Young Rok/Xiao, Geng (2003): *Global Capital Flows and the Position of China. Structural and Institutional Factors and Their Implications*, in: Teunissen, Jan Joost (Hg.) (2003): *China's Role in Asia and the World Economy. Fostering Stability and Growth*, The Hague: FONDAD, S. 111–175
- China Statistical Yearbook (2004), hg. vom National Bureau of Statistics of China, Beijing
- Fei, John C.H./Ranis, Gustav (1964): *Development of the Labour Surplus Economy. Theory and Policy*, Homewood Ill: Richard A. Irwin
- Flassbeck, Heiner (2004): *China's Spectacular Growth Since the Mid-1990s – Macroeconomic Conditions and Economic Policy Challenges*, UNCTAD, Genf, mimeo
- Herr, Hansjörg/Priewe, Jan (1999): *High Growth in China – Transition Without a Transition Crisis?*, in: *Intereconomics*, Jg. 34, H. 6, S. 303–316
- Hu, Zulu/Khan, Mohsin S. (2000): *Why Is China Growing So Fast?*, in: *Economic Issues*, No. 8, Washington D.C.: International Monetary Fund
- Jefferson, Gary/Rawski, Thomas (1994): *Enterprise Reform in Chinese Industry*, in: *Journal of Economic Perspectives*, Jg. 8, H. 2, S. 47–70
- Krugman, Paul (1994): *The Myth of Asia's Miracle*, in: *Foreign Affairs*, Jg. 73, H. 6, S. 62–78

- McKinnon, Ronald I. (1984): Financial Repression and Economic Development, in: Chung-Hua Series of Lectures by Invited Eminent Economists, No. 8, Institute of Economics, Academia Sinica, Nankang, Taiwan
- Lewis, Arthur (1954): Economic Development with Unlimited Supplies of Labour, in: Manchester School, Jg 22, H. 2, S. 139–191
- Naughton, Barry (1995): Growing Out of the Plan: Chinese Economic Reform 1978–1993, Cambridge: Cambridge University Press
- Nolan, Peter (1993): State and Market in the Chinese Economy. Essays on a Controversial Issue, Basingstoke: Macmillan
- Nolan, Peter (2004): Transforming China. Globalization, Transition and Development, London: Anthem Press
- Nurkse, Ragnar (1953): Problems of Capital Formation in Underdeveloped Countries, Oxford: Basil Blackwell
- OECD (2000): Reforming China's Enterprises. China in the Global Economy, Paris: OECD
- OECD (2004): Income Disparities in China. China in the Global Economy, Paris: OECD
- Priewe, Jan (2002): Von der Unternehmensreform zur Massenprivatisierung – Das Schicksal der Staatsunternehmen in China, in: Herr, Hansjörg/Sommer, Albrecht/Zerong, He (Hg.), Nachholende Entwicklung in China. Geldpolitik und Restrukturierung, Berlin, S. 209–234
- Priewe, Jan/Herr, Hansjörg (2005): The Macroeconomics of Development and Poverty Reduction. Strategies Beyond the Washington Consensus, Baden-Baden
- Sachs, Jeffrey/Woo, Wing Thye (1997): Understanding China's Economic Performance, NBER Research Working Paper, No. 5935, Cambridge MA: NBER
- Segal, Adam (2003): Digital Dragon. High Technology Enterprises in China, Ithaka: Cornell University Press
- Statistisches Bundesamt (1985), Fachserie 18, Reihe S. 7, Stuttgart et al.
- Wade, Robert (1990): Governing the Market. Economic Theory and the Role of Government in East Asian Industrialization, Princeton: Princeton University Press
- Woo, Wing Thye (1999): The Real Reasons for China's Growth, in: The China Journal, H. 41, S. 115–137
- Woo, Wing Thye (2003): Challenges in Macroeconomic Management for China's New Leaders, in: Teunissen, Jan Joost (Hg.) (2003): China's Role in Asia and the World Economy. Fostering Stability and Growth, The Hague: FONDAD, S. 35–68
- World Bank (1993): The Asian Miracle, Washington D. C.: Oxford University Press
- World Bank (2005a): World Development Indicators, Washington D. C. (CD ROM)
- World Bank (2005b): China Data Profile, <http://devdata.worldbank.org/external/CPProfile.asp?CCODE=CHN&PTYPE=CP> (letzter Zugriff: 03.08.2005)